

zeigt; Kollege B verlangt für dieselbe Ausgabe in demselben Einband nahezu das Doppelte: 260 K. — Cotta brachte im Jahre 1857 eine Reineke Fuchs-Ausgabe mit Zeichnungen von Kaulbach, auf Holz gezeichnet von Jul. Schnorr; ich vermute, daß sie gar nicht selten ist, und finde den Preis von A mit 9 K angemessen; B setzt dieselbe Ausgabe mit 85 K, also mit beinahe dem zehnfachen Preis an. — Die erste Cottasche Gesamtausgabe von Grillparzers Werken im Jahre 1872 hat durch die Einleitung von Laube ihren literarischen Wert, wenn auch neuere Ausgaben wesentlich umfangreicher sind und die seit 1872 zutage geförderten biographischen Aufzeichnungen enthalten; der Preis von A mit 60 K scheint berechtigt; B bewertet sie mit 140 K. — Nicht in den Handel kam ein von der Gesellschaft der Weimarer Bibliophilen 1907/9 herausgegebenes dreibändiges Werk: Schillers Persönlichkeit, Urteile der Zeitgenossen und Dokumente, gesammelt von M. Seder; A verlangt hierfür 33 K, B dagegen 90 K. — Wilhelm Meisters theatralische Sendung. Nach der Schultheßschen Abschrift herausgegeben von Harry Mainc, Stuttgart 1911, wurde seinerzeit in 820 Exemplaren hergestellt und ist meines Wissens tatsächlich beim Verleger vergriffen. Gegen den Preis von A mit 127 K läßt sich nichts einwenden; der Preis von B ist mehr als doppelt so hoch, nämlich 280 K. — Diese Beispiele lassen sich wohl vermehren; die angeführten beweisen jedoch zur Genüge, daß die berühmte Solidität des deutschen Antiquariatsbuchhandels derzeit mitunter in einer dem Publikum auffälligen Weise durchbrochen wird.

* * *

Als geübter Zeitungsleser bin ich ein Skeptiker und Zweifler geworden. Ich habe es längst herausbekommen, daß Gutenbergs Kunst von einem großen Teil der Tagespresse mißbraucht wird, und gewohnheitsmäßig setze ich in Gedanken beim Lesen zu den in den größten Lettern gebrachten Notizen und Telegrammen — so z. B.: Aus Bern wird gemeldet: Der New York Herald bringt folgenden Bericht aus Petersburg über die Vorgänge in Kleinasien — ein kräftiges Fragezeichen. Nicht einmal die periodisch wiederkehrenden Überschriften in Cicerolettern: »Paris verhungert«, »London verzweifelt«, »Rom ist zerschmettert« vermögen mich völlig zu überzeugen. Auch bei den trockensten Lokalnотizen mancher Blätter ist Vorsicht am Plage. Es war eben kein angenehmes Gefühl, das die Wiener Buchhändler ergriff, als sie in einer Notiz vom 30. April lasen, daß die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsministeriums mitgeteilt habe, sie sehe Bücher — mit Ausnahme von Luxusausgaben — als Gegenstände des täglichen Bedarfs an und erkläre somit jeden Aufschlag auf den vom Verleger festgesetzten Verkaufspreis als unzulässig. Entgegenstehende Verabredungen und Bekanntmachungen des Buchhandels seien wirkungslos. An diese, wie man meinen sollte, offizielle Mitteilung knüpfte das Blatt noch Bemerkungen über die Erhöhung der Verkaufspreise durch den Verleger und den dadurch automatisch steigenden Verdienst des Sortimenters an und wollte feststellen, daß auch durch den großen Umsatz die größeren Lasten ausgeglichen werden. Die Berichtigungen reiten rasch; zwei Tage später erklärte die Zeitung, daß sich die Notiz auf das Deutsche Reich beziehe. Die Wiener Buchhändler atmeten auf. Es bleibt jetzt noch die Frage übrig, ob die solchermaßen richtiggestellte Notiz nunmehr auch richtig ist. *)

* * *

Die österreichischen Verlagsgeschäfte arbeiten unter den schwierigsten Verhältnissen. Der Papiermangel ist zur Papiernot geworden, die Mehrzahl der Papierfabriken nimmt von Privatgeschäften überhaupt keine Bestellungen auf, da ihre geringe Erzeugung gänzlich durch Staatsaufträge — für den Bedarf der Armee, der Postsparkasse, der Verwaltungsbehörden und nicht zuletzt der Banknotenpresse — in Anspruch genommen wird. Über die Kohlenvorräte verfügt das Arbeitsministerium und weist nur jenen Papierfabriken Kohlen an, die Staatsaufträge

übernommen haben, und nur in jenem Maße, in dem sie die Kohlen zur Erledigung der Staatsaufträge benötigen. Wie bei der Bewirtschaftung eines jeden Artikels durch den Staat hat sich auch beim Papier ein Schleichhandel entwickelt; für Preise die beim Schleichhandel in Lebensmitteln verlangt und bewilligt werden, erfindet eine hiesige Zeitung das hübsche Wort »Flüsterpreis«, und solche Flüsterpreise werden auch im Papierhandel bezahlt. Ist man so glücklich, eine Papierfabrik zur Übernahme einer Bestellung zu bewegen, so macht man beim Abschluß neue Erfahrungen: der Liefertermin wird von der Fabrik angenommen, jedoch ohne Verbindlichkeit, der Preis wird angenommen, jedoch unverbindlich, falls die Erzeugung erst in einem späteren Zeitpunkt möglich wäre; kurz, der Besteller weiß nicht, ob, wann und zu welchem Preise er das Papier erhalten wird. Dennoch bestellt er, da er sich mit der Hoffnung auf Lieferung begnügt. Die Preise für Satz und Druck sind gegen die Friedenszeit bedeutend gestiegen und erhöhen sich noch fortwährend. Die Buchdruckereien berufen sich auf die Steigerung der Materialien, wie Druckfarben usw., sowie auf die höheren Löhne, die sie wegen der Lebensmittelteuerung ihren Angestellten zugestehen müssen. Diesbezüglich erscheint eine kürzlich gefallene Äußerung des Wiener Bürgermeisters bemerkenswert. Die Wiener Stadtverwaltung hat bekanntlich zur Bewältigung ihrer Agenden im Magistrat, den Bezirksämtern und in der städtischen Industrie einen Beamtenkörper wie einen kleinen Staat, und der Bürgermeister sagte nun einer Deputation: »Jede neue Zuwendung, die wir unserem Beamtenkörper bewilligen, und die für uns ein ungeheures Opfer darstellt, zieht sofort eine Steigerung der Lebensmittelpreise nach sich«. Ganz in demselben Sinne schrieb ein hoher Beamter der Armeeverwaltung, die ja auch ein Heer von Industriearbeitern beschäftigt: »Wir haben die Erfahrung gemacht, daß parallel mit der Erhöhung der Löhne jedesmal auch sofort die Preise der Bedarfsartikel gestiegen sind«. Wie wird die wirtschaftliche Welt aus diesem Zirkel herauskommen?

Große Mehransprüche machen auch die Buchbindereien; sie müssen Ersatzleinwand, Festgaze, Pappendeckel zu sehr gestiegenen Preisen bezahlen und sich dabei noch sehr bemühen, die oft verborgenen Bezugsquellen ausfindig zu machen. So wird z. B. nicht nur behauptet, sondern auch nachgewiesen, daß man Pappendeckel mit dem zwanzigfachen Betrage des Friedenspreises bezahlen muß. Jeder ist im Ausgehen begriffen; für einen Oktavband in Halbfranz muß eine Verlagsbuchhandlung bei einem Auftrag von mindestens 500 Exemplaren acht Kronen bezahlen. Der Sortimenter hat den Wunsch, auch beim Einband beteiligt zu sein, was muß nun das Publikum für den Einband bezahlen? Aber freilich hört man allgemein die Bemerkung, daß das Publikum jetzt jeden Preis bezahlt: Jawohl, für Mehl, Butter, Eier, Käse u. dgl. zahlt es wohl erstaunliche Preise; ob es aber nicht bei Büchern nachgerade die Taschen zutknöpfen wird, wer kann das sagen?

* * *

Die erwähnte Papiernot zwingt die amtlichen Stellen zu einschneidenden Vorschlägen, die auf weitere Einschränkungen der Verlagstätigkeit gerichtet sind und somit sowohl den Verlag wie das Sortiment interessieren. So wurde kürzlich vom k. k. Handelsministerium eine Versammlung der großen Kalenderverleger einberufen und ihr die Wünsche des Ministeriums bekanntgegeben. In erster Linie sollen für 1919 womöglich gar keine Tagesblockkalender erscheinen, und das Publikum soll sich mit Wochenblockkalendern begnügen; durch die Erfüllung dieses Wunsches würden allerdings 7/8 des bisherigen Papierbedarfes für Tagesblockkalender erspart werden. Zweifellos ist dem geschäftlichen Bedürfnisse durch Wochenblockkalender nur in unvollkommener Weise gedient, denn in den großen Kontorräumen sind Tagesblockkalender mit großen, weithin sichtbaren Ziffern für jeden Buchhalter und Korrespondenten eine notwendige Einrichtung, die täglich unzählige Male mit den Augen befragt wird. Eine sehr bedeutende Kalenderfabrik Böhmens erklärte sofort, daß sie diesem Wunsche — der Not gehorchend — bereits

*) Vgl. hierzu Vbl. 1918, Nr. 86, 95 u. ff.

Red.